

Erläuterungen zur Sitzung der	Verbandsversammlung des KommunalServiceVerbandes	am 21.10.2025	TOP 03
----------------------------------	---	------------------	--------

Beratung und Beschlussfassung

Widerstreit der Interessen

Erläuterung, Sachverhalt:

Kerstin Neuhaus wurde für die Gemeinde Bischoffen am 19.04.2021 in die Verbandsversammlung des KSV gewählt.

Im März 2025 wurde sie Mitarbeiterin in der Geschäftsbuchhaltung der Gemeinde Bischoffen.

Die Verbandsversammlung des KSV hat nun zu entscheiden, ob ein Widerstreit der Interessen nach § 25, Abs. 3 HGO vorliegt.

Gründe:

Nach § 25 (1) Niemand darf in haupt- oder ehrenamtlicher Tätigkeit in einer Angelegenheit beratend oder entscheidend mitwirken, wenn er....

Abs. 1

Nr. 1 – 3 und Nr. 6. (siehe Gesetzestext in der Anlage, treffen nicht zu)

Nr. 4. bei einer natürlichen oder juristischen Person oder Vereinigung nach Nr. 1 gegen Entgelt beschäftigt ist, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dadurch Befangenheit gegeben ist,

Nr. 5. bei einer juristischen Person oder Vereinigung nach Nr. 1 als Mitglied des Vorstands, des Aufsichtsrats oder eines gleichartigen Organs tätig ist, es sei denn, dass er diesem Organ als Vertreter oder auf Vorschlag der Gemeinde angehört,

Satz 1 gilt nicht, wenn jemand an der Entscheidung **lediglich als Angehöriger einer Berufs-** oder Bevölkerungsgruppe beteiligt ist, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden.

Frau Neuhaus fehlt es schlicht an der Einflussnahme, weder im Geschäftsprozess noch im Entscheidungsprozess durch Beratung oder eine Entscheidung. Eine bloße Mitwirkung im Arbeitsprozess ist davon nicht erfasst. Auch spricht ihre Eingruppierung gegen eine Einflussnahme, wie es § 37 HGO ebenfalls vorsieht, es wäre ja widersinnig, wenn Frau Neuhaus Mitglied der Gemeindevertretung sein könnte aber nicht in der Verbandsversammlung.

Anlage: - Satzungsauszug und Auszug aus der HGO

Auszug aus der aktuellen KSV – Satzung:

§ 6 Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus je drei Vertretern eines jeden Mitglieds. Jeder Vertreter hat eine Stimme.
- (2) Jeder Vertreter hat einen persönlichen Stellvertreter.
- (3) Die Vertreter und deren Stellvertreter werden von den jeweiligen Gemeindevertretungen für die Dauer der Wahlperiode der Vertretungskörperschaften gewählt.
- (4) Die Vertreter und ihre Stellvertreter sind innerhalb von zwei Monaten nach Beginn der Wahlperiode mit Namen und Anschriften dem Verbandsvorstand mitzuteilen. Scheidet ein Vertreter oder ein Stellvertreter eines Mitglieds während der Wahlperiode aus der Wahlversammlung aus, so ist eine Nachwahl erforderlich.

§ 25 HGO (Fassung vom 07.03.2005) Widerstreit der Interessen

(1) Niemand darf in haupt- oder ehrenamtlicher Tätigkeit in einer Angelegenheit beratend oder entscheidend mitwirken, wenn er

1. durch die Entscheidung in der Angelegenheit einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil erlangen kann,
2. Angehöriger einer Person ist, die zu dem in Nr. 1 bezeichneten Personenkreis gehört,
3. eine natürliche oder juristische Person nach Nr. 1 kraft Gesetzes oder in der betreffenden Angelegenheit kraft Vollmacht vertritt (Einzel- oder Gesamtvertretung),
4. bei einer natürlichen oder juristischen Person oder Vereinigung nach Nr. 1 gegen Entgelt beschäftigt ist, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dadurch Befangenheit gegeben ist,
5. bei einer juristischen Person oder Vereinigung nach Nr. 1 als Mitglied des Vorstands, des Aufsichtsrats oder eines gleichartigen Organs tätig ist, es sei denn, dass er diesem Organ als Vertreter oder auf Vorschlag der Gemeinde angehört,
6. in anderer als öffentlicher Eigenschaft in der Angelegenheit tätig geworden ist.

Satz 1 gilt nicht, wenn jemand an der Entscheidung lediglich als Angehöriger einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe beteiligt ist, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden.

(2) Abs. 1 gilt nicht für die Stimmabgabe bei Wahlen und Abberufungen.

(3) Ob ein Widerstreit der Interessen vorliegt, entscheidet das Organ oder Hilfsorgan, dem der Betroffene angehört oder für das er die Tätigkeit ausübt.

(4) Wer annehmen muss, weder beratend noch entscheidend mitwirken zu dürfen, hat dies vorher dem Vorsitzenden des Organs oder Hilfsorgans, dem er angehört oder für das er die Tätigkeit ausübt, mitzuteilen. Wer an der Beratung und Entscheidung nicht teilnehmen darf, muss den Beratungsraum oder die Bild-Ton-Übertragung verlassen; dies gilt auch für die Entscheidung nach Abs. 3.

(5) Angehörige im Sinne des Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 sind:

1. der Verlobte,
2. der Ehegatte,
- 2a. der eingetragene Lebenspartner,
3. Verwandte und Verschwägte gerader Linie,
4. Geschwister,
5. Kinder der Geschwister,
6. Ehegatten der Geschwister und Geschwister der Ehegatten,
- 6a. eingetragene Lebenspartner der Geschwister und Geschwister der eingetragenen Lebenspartner,
7. Geschwister der Eltern,
8. Personen, die durch ein auf längere Dauer angelegtes Pflegeverhältnis mit häuslicher Gemeinschaft wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind (Pflegeeltern und Pflegekinder).

Angehörige sind die in Satz 1 bezeichneten Personen auch dann, wenn

1. in den Fällen der Nr. 2, 3 und 6 die die Beziehung begründende Ehe nicht mehr besteht,
- 1a. in den Fällen der Nr. 2a, 3 und 6a die die Beziehung begründende eingetragene Lebenspartnerschaft nicht mehr besteht,
2. in den Fällen der Nr. 3 bis 7 die Verwandtschaft oder Schwägerschaft durch Annahme als Kind erloschen ist,
3. im Falle der Nr. 8 die häusliche Gemeinschaft nicht mehr besteht, sofern die Personen weiterhin wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind.

(6) Beschlüsse, die unter Verletzung der Abs. 1 bis 4 gefasst worden sind, sind unwirksam. Sie gelten jedoch sechs Monate nach der Beschlussfassung oder, wenn eine öffentliche Bekanntmachung erforderlich ist, sechs Monate nach dieser als von Anfang an wirksam zustande gekommen, wenn nicht vorher der Gemeindevorstand oder der Bürgermeister widersprochen oder die Aufsichtsbehörde sie beanstandet hat; die Widerspruchsfristen der §§ 63 und 74 bleiben unberührt. Die Wirksamkeit tritt nicht gegenüber demjenigen ein, der vor Ablauf der Sechsmonatsfrist ein Rechtsmittel eingelegt oder ein gerichtliches Verfahren anhängig gemacht hat, wenn in dem Verfahren der Mangel festgestellt wird.

§ 37 HGO Hinderungsgründe

Gemeindevertreter können nicht sein:

1. hauptamtliche Beamte und haupt- und nebenberufliche Arbeitnehmer **ab der Entgeltgruppe 9b** der Entgeltordnung zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst im kommunalen Bereich

a) der Gemeinde,

b) einer gemeinschaftlichen Verwaltungseinrichtung, an der die Gemeinde beteiligt ist,

c) einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, an der die Gemeinde maßgeblich beteiligt ist,

d) des Landes oder des Landkreises, die unmittelbar Aufgaben der Staatsaufsicht (Kommunal- und Fachaufsicht) über die Gemeinde wahrnehmen,

e) des Landkreises, die mit Aufgaben der Rechnungsprüfung für die Gemeinde befasst sind,

2. leitende Arbeitnehmer einer Gesellschaft oder einer Stiftung des bürgerlichen Rechts, an der die Gemeinde maßgeblich beteiligt ist.

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung des KommunalServiceVerbandes beschließt einstimmig, mit _____ Ja-Stimmen bei _____ Stimmenthaltungen und _____ Gegenstimmen, dass im Falle von Kerstin Neuhaus kein Widerstreit der Interessen vorliegt.